

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3250/2010**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 17.08.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Klaus-Peter Möller, Dr. Wolfgang Deetjen, Dr. Martin Preiß

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	30.08.2010	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	09.09.2010	Entscheidung

Betreff:

Kürzungen freiwillige Leistungen

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.08.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, wie die Auflagen des Regierungspräsidiums zur Haushaltsbewilligung 2010 hinsichtlich der Kürzungen der freiwilligen Leistungen umgesetzt werden sollen. Hierbei sollen folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie sieht der Katalog der freiwilligen Leistungen der Universitätsstadt Gießen zurzeit aus (detaillierte Aufstellung von Beträgen und Empfängern)?
2. In welchen Bereichen sollen in Zukunft freiwillige Leistungen gekürzt werden (detaillierte Aufstellung von Art und Umfang der Kürzungen)?“

Begründung:

In der Genehmigung des Haushaltsplanes 2010 hat das Regierungspräsidium der Universitätsstadt Gießen unter anderem zur Auflage gemacht, die freiwilligen Leistungen auf 3.000.000 Euro pro Jahr zu begrenzen. Zurzeit wird diese Summe wohl deutlich überschritten. Im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben der Stadt wäre es wichtig zu wissen, wo behutsam und klug in das bestehende System eingegriffen werden kann, ohne dass vorhandene bewährte Strukturen gefährdet werden. Da bislang mit den einzelnen Fraktionen insbesondere der Koalition bislang keine Gespräche seitens des Magistrates resp. der Kämmerin geführt worden sind, herrscht weitgehend Unklarheit darüber, wie

diese und andere Auflagen des RPs erfüllt werden sollen, um zu einem genehmigungsfähigen Haushalt für das Jahr 2011 zu gelangen.

Soll der ehrgeizige Terminplan mit Einbringung des Haushalts in der Oktobersitzung und Verabschiedung in der Dezembersitzung eingehalten werden, zu welchem auch die Mitarbeit der Stadtverordnetenversammlung von der Oberbürgermeisterin und Kämmerin bereits öffentlich eingefordert wurde, so ist zunächst von Seiten des Magistrates die Erarbeitung einer Diskussionsgrundlage mit den nötigen Zahlen und Fakten erforderlich.

Klaus Peter Möller
CDU Fraktionsvorsitzender

Dr. Wolfgang Deetjen
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen

Dr. Martin Preiß
FDP Fraktionsvorsitzender